



GÖTTINGER BLÄTTER

11.2017

Herausgeber: Die LINKE. ★ DKP ★ VVN/BdA ★ FG BRD-Cuba ★ GROBIAN ★ Göttinger Linke

► Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus

Göttingen - Bündnisreihe vom 9. November 2017 bis 30. Januar 2018

Donnerstag, 9. November 2017, 18 Uhr Platz der Synagoge „Tosendes Schweigen“. Die Verfolgung Göttinger WissenschaftlerInnen im Nationalsozialismus

Gedenkstunde am Mahnmahl auf dem Platz der Synagoge
Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. und der Stadt Göttingen

Die Gedenkstunde am 9. November 2017 zur Verfolgung von Göttinger WissenschaftlerInnen im Nationalsozialismus gestaltet eine Gruppe Geschichtsstudierender um Prof. Dirk Schumann. Sie haben dazu auch eine Gedenktafel vorbereitet, deren Enthüllung durch die Georg-August-Universität am 18. November an der Alten Aula stattfinden wird. Die Gedenkstunde wird musikalisch begleitet durch die VokalArt-Chöre unter der Leitung von Michael Krause.

Donnerstag, 9. November 2017, ca. 19.30 Uhr (nach der Veranstaltung am Mahnmahl der ehemaligen Synagoge) Begegnungsstätte Löwenstein, Rote Straße 28 „Der Kibbuz auf dem Streicherhof. Vorübergehende Heimat im Land der Täter“

Vortrag und Film von und mit Jim Tobias, Nürnberg.
Veranstaltet von Jüdisches Lehrhaus Göttingen e.V.

Nach der Befreiung aus den KZs waren die Überlebenden sogenannte Displaced Persons. Ausgerechnet auf dem ehemaligen Anwesen des Nürnberger Gauleiters Julius Streicher fanden einige von ihnen eine vorübergehende Bleibe.

Freitag, 10. November 2017, 19 Uhr (Einlass ab 18.30 Uhr) Ehemalige Kommandantur, Lange Str. 32, Moringen „Die Zweite Generation meldet sich zu Wort!“

Ein Gespräch mit Dr. Dietmar Sedlaczek (KZ-Gedenkstätte Moringen) und Jeanine Bochat (Lagergemeinschaft Ravensbrück)
Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

An diesem Wochenende trifft sich das Netzwerk der Lagergemeinschaften in der KZ-Gedenkstätte Moringen. Als Angehörige von ehemaligen KZ-Häftlingen haben die Vertreter*innen der Lagergemeinschaften eine eigene Perspektive auf Gedenkstätten und Erinnerungskultur. Viele von ihnen sind selbst Opfer, weil sie die Verfolgung der Eltern miterleben mussten oder sogar im KZ geboren wurden. Wie sehen sie die Zukunft der Erinnerung? Jeanine Bochat spricht über ihre eigenen Erfahrungen und stellt das von der Lagergemeinschaft Ravensbrück herausgegebene Buch „Kinder von KZ-Häftlingen – eine vergessene Generation“ vor.

Donnerstag, 16. November 2017, 18 Uhr Programmkino Lumière, Geismarlandstr. 19 „Der Kuaför aus der Keupstraße“

Eine Filmvorführung
Veranstaltet von femko in Kooperation mit der f.antifa Göttingen

Zu einem aktiven Gedenken gehört die Auseinandersetzung mit aktuellen rassistischen und faschistischen Verbrechen. Der Film thematisiert die Folgen des Nagelbombenanschlags durch den sogenannten „Nationalsozialistischen Untergrund“ (NSU) in der Kölner Keupstraße am 9. Juni 2004. Er rekonstruiert die Ermittlungen der Polizei anhand der Verhörprotokolle und eröffnet die Diskussion über strukturellen Rassismus in Deutschland auf eine neue Art – nämlich aus der Sicht der Betroffenen.

Samstag, 18. November 2017, 18 Uhr Alte Aula am Wilhelmsplatz „Tosendes Schweigen“. Die Verfolgung Göttinger WissenschaftlerInnen im Nationalsozialismus

Enthüllung der Gedenktafel
Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. und der Stadt Göttingen

im Internet

www.goettinger-blaetter.de

Kontakt

POST: Göttinger Blätter
Lange Geismarstraße 2
37083 Göttingen

Druck: AktivDruck Göttingen
Telefon: 0551/67065

Inhalt

| | |
|-------------------------|----|
| Gedenken an die Opfer | 1 |
| VVN | 2 |
| FG Cuba | 3 |
| DKP | 4 |
| Grobian | 5 |
| DIE LINKE. Termine | 6 |
| DIE LINKE. Europabüro | 7 |
| Die LINKE. Kreisverband | 8 |
| DIE LINKE. Kreisverband | 9 |
| GöLinke | 10 |
| GöLinke Ratsinfo | 11 |
| Veranstaltungen | 12 |

Redaktionsschluss

für die Ausgabe 12.2017
ist der 17. November.
Auslieferung am 23. November.

lich-jüdische Zusammenarbeit e.V. und der Stadt Göttingen

An diesem Tag soll die Enthüllung der Gedenktafel mit den Namen aller WissenschaftlerInnen stattfinden, die während der nationalsozialistischen Herrschaft aus rassistischen oder politischen Gründen verfolgt und entlassen wurden. Das Universitäts-Projekt wurde, wie die Gedenkstunde, begleitet von unserem Mitglied Prof. Dr. Dirk Schumann und einem Team von Geschichtsstudierenden.

Dienstag, 21. November 2017, 19.30 Uhr Pfarrsaal St. Michael, Eingang Kurze Straße 13 „Von Angesicht zu Angesicht — Begegnungsarbeit mit Juden und Arabern bei Givat Haviva in Israel“

Ein Vortrag und Diskussion mit Torsten Reibold, Givat Haviva, Representative Europe
Veranstaltet von der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V. in Kooperation mit der Ökumenischen Friedensdekade

(...) Fortsetzung auf Seite 12



Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschistinnen und Antifaschisten

Internet: www.goettingen.vvn-bda.de • Email: vvn-goettingen@secarts.org

► Stellungnahme der VVN-BdA Kreisvereinigung Kassel zur Klageabweisung im Verfahren Silvia Gingold gegen Landesamt für Verfassungsschutz Hessen

Mit Enttäuschung und Empörung hat die VVN-BdA Kreisvereinigung Kassel das Urteil des Kasseler Verwaltungsgerichts im Verfahren Silvia Gingold gegen das Landesamt für Verfassungsschutz (LVS) Hessen zur Kenntnis nehmen müssen.

Ein Verwaltungsgericht hat die Aufgabe, den einzelnen Bürger gegen unrechtmäßiges Verwaltungshandeln zu schützen. Dazu muss das Gericht nicht nur prüfen, ob die jeweiligen Behörden alle Rechtsvorschriften eingehalten haben, sondern auch, ob das Handeln und die Entscheidungen der Verwaltung unzulässig in die Grundrechte des Einzelnen eingreifen.

Dieser Verantwortung hat sich das Kasseler Verwaltungsgericht im Verfahren von Silvia Gingold erkennbar nicht gestellt. Statt die Einlassungen der Klägerin angemessen zu prüfen und die von ihr beanstandeten Eingriffe in ihr grundgesetzlich verbrieftes Recht auf freie Meinungsäußerung als Rechtsgut gegenüber dem LVS zu verteidigen, folgt es – ohne

erkennbare inhaltliche Auseinandersetzung – den schriftlich vorgetragene Behauptungen des Inlandsgeheimdienstes für seine Bespitzelung und Denunziation der Klägerin. Zudem verweigert das Gericht selbst jegliche Prüfung, ob das Verhalten und die Aussagen der Klägerin für eine solche Bewertung irgendeinen Anlass geboten haben.

Allein die Tatsache, dass sie sich zusammen mit – vom hessischen LVS als „Linksextremisten“ bezeichneten – Persönlichkeiten und Organisationen in politischen Zusammenhängen befunden habe, reicht dem Gericht aus, um diese Form der Bespitzelung zu legitimieren. Dass es sich bei diesen Persönlichkeiten u.a. um den gegenwärtigen thüringischen Ministerpräsident handelt, ficht weder das LVS, noch das Verwaltungsgericht an. Mit diesem Urteil erteilt das VG Kassel dem VS einen Freibrief für seine Sammelwut gegenüber allen Formdemokratischen Engagements.

Unhinterfragt wird im Urteil die Behauptung des LVS nachgebetet, die Politik der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) sei linksextremistisch beeinflusst und gegen die „freiheitlich-demokratische Grundordnung“ gerichtet. Haben etwa die Stadt und der Landkreis Kassel, als sie während der documenta14 das Projekt „Bewahrung der Erinnerung“ gemeinsam mit der VVN-BdA umsetzen, den „Linksextremismus“ gefördert?

Das Verwaltungsgericht wurde seiner Verantwortung der Kontrolle dieser Behörde nicht gerecht. Dabei wäre eine solche Kontrolle dringend geboten. Machen doch die Vorgänge um den Mord an Halit Yozgat und die

Eingebundenheit des VS-Mitarbeiter Andreas Temme deutlich, wie eng dieses Landesamt für Verfassungsschutz mit dem neofaschistischen Mordterror des NSU-Netzwerkes verwoben ist.

► Kein Platz für Neonazis in Göttingen oder anderswo!

Heißer Empfang für Nazis und Rassisten Am 10.10.2017 fand der Berufungsprozess gegen den Neonazi Jan Philipp Jaenecke vor dem Landgericht statt. Vor gut zwei Jahren schubste er den Sprecher der Göttinger Wohnraumbewegung vor der Burschenschaft Verdensia, vom Fahrrad. Dieser erlitt bei dem Sturz umfangreiche Verletzungen am Knie und erträgt bis heute Schäden des Angriffs. Jaeneckes Kameraden vom „Freundeskreis Thüringen/Niedersachsen“ (mittlerweile „Volksbewegung Niedersachsen“) um Jens Wilke kündigten im Vorfeld an dem Prozess beizuwohnen und anschließend in der Stadt etwas essen zu wollen. Für 16:00 – 19:00 Uhr riefen sie zu einer Kundgebung auf dem Alaniplatz auf.

Am frühen Morgen zeigten trotz des schlechten Wetters viele AntifaschistInnen ihre Solidarität mit dem Angegriffenen und stellten sich den Neonazis

entgegen. Vor dem Gericht nahm die Polizei von einem Neonazigegner die Personalien auf, nachdem die Neonazis durch die Beamten provozierend nah an den AntifaschistInnen vorbeigeleitet wurden. Die Art und Weise wie hier eine Nichtigkeit zur Anzeige genutzt wird, reiht sich ein in die Strategie der Göttinger Polizei, AntifaschistInnen mit möglichst vielen, vielfach hanebüchene, Vorwürfen zu überziehen. Die AntifaschistInnen verhinderten dennoch erfolgreich, dass die neben Jaenecke angereisten Neonazis der Verhandlung beiwohnen konnten. Anschließend bewegten sich GegendemonstrantInnen durch die Stadt, um die Neonazis bei ihrem angekündigten Mittagessen zu stören. Beschützt und hofiert wurden die Neonazis dabei von der Polizei. Die ständige Begleitung mit lautstarkem Gegenprotest zeigt allerdings Wirkung: Schon gegen 12 Uhr waren die

Neonazis derart zermürbt, dass sie die Stadt verließen.

Zurück zu ihrer Kundgebung am Alaniplatz am Nachmittag kamen nur drei der vormittags anwesenden Neonazis. Dort standen einem kläglichen Haufen von sechs Neonazis ca. 300 GegendemonstrantInnen gegenüber. Die rassistische und völkische Hetze der Neonazis ging in dem lautstarken Protest der NeonazigegnerInnen unter.

Am Ende des Tages bleibt festzuhalten: Die Neonazis um Jens Wilke sind sichtlich am Ende. Selbst um auf ihre mickrige Anzahl zu kommen, brauchten sie Unterstützung von außerhalb. Von den insgesamt elf angereisten Neonazis wohnen nur vier im Raum Göttingen. Trotz großmäuliger Namensänderung also: Weder Volk, noch Bewegung.

(Mitteilung der ALI)

Freundschaftsgesellschaft BRD - Kuba Regionalgruppe Göttingen

c/o Rotes Zentrum, Lange-Geismar-Straße 2, 37073 Göttingen
e-mail: goettingen@fgbrdkuba.de / www.fgbrdkuba.de



unser Kooperations-
u. Bildungspartner:

Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

Mitgliederversammlung

Dienstag, den 14. November, 20:00 Uhr Berliner Hof

▶ Kuba hat niemals Angriffe irgendeiner Art gegen diplomatische Vertreter noch ihre Familienangehörigen verübt und wird dies auch nicht tun, ohne Ausnahme

Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Beziehungen, 4. Oktober 2017

(stark gekürzt. Der ganze Text ist zu lesen unter: <http://de.granma.cu/cuba/2017-10-04/kuba-hat-niemals-angriffe-irgendeiner-art-gegen-diplomatische-vertreter-noch-ihre-familienangehoerigen-verubt-und-wird-dies-auch-nicht-tun-ohne-ausnahme>)

Am 29. September 2017 gab der Staatssekretär der Vereinigten Staaten ... bekannt, das diplomatische Personal ihrer Botschaft in Havanna wesentlich zu reduzieren mit dem Argument, dass es „Angriffe“ gegen Beamte der Regierung der USA in Kuba gegeben habe, die deren Gesundheit beeinträchtigt hätten.

Am 3. Oktober 2017 entschied die Regierung der USA, dass 15 Beamte der Botschaft Kubas in Washington das Territorium der Vereinigten Staaten verlassen sollten, auf der Grundlage, dass ... die kubanische Regierung nicht die notwendigen Schritte unternommen hätte, um „Angriffen“ gegen diese vorzubeugen.

Das Ministerium für Auswärtige Beziehungen protestiert energisch und prangert diese unbegründete und inakzeptable Entscheidung an, so wie auch den benutzten Vorwan.

In der mit Rex Tillerson abgehaltenen Sitzung warnte ihn der Minister für Auswärtige Beziehungen Bruno Rodríguez Parrilla, keine übereilten Entscheidungen zu treffen, die sich nicht auf Nachweise stützen. Er forderte ihn auf, eine Angelegenheit dieser Art nicht zu politisieren.

So wie es durch den kubanischen Außenminister am 26. September 2017 dem Staatssekretär Tillerson übermittelt wurde, erfüllt Kuba, - das in der Vergangenheit Opfer von Attentaten gegen Mitglieder seines diplomatischen Personals war, die ermordet, ... entführt oder angegriffen wurden - , mit aller Ernsthaftigkeit seine Verpflichtungen gegenüber der Wiener Konferenz über Diplomatische Beziehungen von 1961.

Wie das Ministerium am vergangenen 9. August berichtete, sind die kubanischen Behörden ... mit äußerster Ernsthaftigkeit vorgegangen, um diese Situation aufzuklären. Die Schutzmaßnahmen der Diplomaten

der USA, ihrer Familienmitglieder und ihrer Wohnsitze wurden verstärkt und es wurde ein Expertenausschuss für die umfassende Analyse der Tatbestände geschaffen.

Angesichts der verspäteten und ungenügenden Information, die von den USA zur Verfügung gestellt wurden, forderten die kubanischen Behörden Präzisierungen und zusätzliche Informationen, die eine ernsthafte Untersuchung möglich machten.

Den danach gelieferten Angaben mangelte es jedoch auch weiterhin an Beschreibungen oder Details, die die Charakterisierung der Tatbestände oder Identifizierung der möglichen Autoren erleichtern würden.

In den darauffolgenden Wochen wiesen die kubanischen Behörden angesichts neuer Berichte über angeführte Vorfälle und der geringen beigebrachten Information erneut auf die Notwendigkeit einer wirksamen Zusammenarbeit hin und drangen darauf, in Realzeit über das Geschehen neuer Vorfälle informiert zu werden.

Erst nach wiederholten Anträgen bei der Regierung der Vereinigten Staaten reisten im Monat Juni dieses Jahres Vertreter von Spezialagenturen nach Havanna, setzten sich mit der kubanischen Gegenseite zusammen und sprachen die Absicht aus, an der Untersuchung der angeblichen Vorfälle mitzuarbeiten. Sie besuchten Kuba im August und September erneut, wobei ihnen als Nachweis des guten Willens der kubanischen Regierung zum ersten Mal in über 50 Jahren gestattet wurde, auf dem Gelände zu arbeiten, wofür ihnen sämtliche Erleichterungen gewährt wurden, einschließlich der Möglichkeit, Ausrüstung zu importieren.

Die kubanischen Behörden bewerten die drei Besuche von Seiten der Spezialagenturen der USA positiv, welche als

vorläufiges Ergebnis ergaben, dass es keine Nachweise für das Geschehen gibt. Auch wurden keine möglichen Autoren noch Personen mit Beweggründen, Absichten und Mitteln zur Ausführung dieser Art von Aktionen identifiziert.

Indem es kategorisch jegliche Verantwortung der kubanischen Regierung für die angeführten Tatbestände zurückweist, bestätigt das Ministerium für Auswärtige Beziehungen erneut, dass Kuba niemals Angriffe irgendeiner Art gegen diplomatische Vertreter noch ihre Familienangehörigen verübt hat und dies auch nicht tun wird.

Das Ministerium betont, dass die von der Regierung der Vereinigten Staaten angekündigte Maßnahme vorrangig politischen Charakter trägt.

Das Ministerium bittet die Behörden der Vereinigten Staaten dringend darum, diese Angelegenheit nicht weiter zu politisieren, was eine nicht gewünschte Eskalation hervorrufen sowie die bilateralen Beziehungen verschlechtern kann.

Nach Kuba reisen im Winter 2018:

Die Freundschaftsgesellschaft BRD-Kuba, Göttingen, plant eine Reise nach Cuba v. 22. November bis zum 9. Dezember: Von Havanna über Santa Clara, Cienfuegos, Trinidad, Camagüey, Bayamo nach Santiago. Mit Besuchen, Besichtigungen, Gesprächen, Veranstaltungen, Badetagen. Eine konkretere Information erfolgt am 22. November, 19.00 Uhr. Interessenten melden sich unter goettingen@fgbrdkuba.de

Deutsche Kommunistische Partei

Kreisverband Göttingen



Rotes Zentrum, Lange Geismarstraße 2, 37083 Göttingen, dkpgoettingende.wordpress.com , goettingen@dkp-niedersachsen.de

► Bewegung in den Krankenhäusern?

Eine Zwischenbilanz

Ottweiler ist ein kleiner Ort mit 14.000 Einwohnern im Norden des Kreises Neunkirchen im Saarland. Das ist nicht besonders erwähnenswert, auch nicht, dass dort ein kleines Krankenhaus, das Marienhausklinikum in Trägerschaft der katholischen Kirche steht. Allerdings sehr wohl erwähnenswert ist, dass in diesem Haus am 11. Oktober ein Warnstreik der Gewerkschaft ver.di statt fand.

Das ist aus zwei Gründen erwähnenswert und beide Gründe nötigen Respekt ab: Ein Streik bei einem kirchlichen Arbeitgeber ist (derzeit noch) eine absolute Rarität. „Bei Kirchens“ legt man die Löhne gemeinsam mit Jesus, der Mitarbeitervertretung (eine Art Betriebsrat allerdings mit Rechten einer Schülerversammlung), dem Bischof, dem heiligen Laurentius und der allgemeinen Marktlage fest, nennt das „3. Weg“ und will von Gewerkschaften nichts wissen. Allein diese feudalen Reste in einem eigentlich säkularen Land verdienen eine längere Betrachtung.

Die zweite Besonderheit ist, dass es sich um einen Streik in einem Krankenhaus handelte. Krankenhäuser streiken nämlich auch nicht allzu gerne. Zu groß ist der moralische Druck, die Patienten zu versorgen, und zu groß das Ethos der Beschäftigten, niemanden im Stich zu lassen. Und auch wenn es in Ottweiler nicht den ersten Krankenhausstreik ever gab, gab es doch dort den ersten Streik in einem katholischen Krankenhaus in Deutschland (wobei man ja mittlerweile sagen muss, dass „Streik in Deutschland“ eine weitere erwähnenswerte Besonderheit darstellt).

Zugegebenermaßen hat nur ein vergleichsweise kleiner Teil des Personals in Ottweiler gestreikt, es reichte aber trotzdem für die größte Demonstration der Stadtgeschichte. Als nächstes steht eine Audienz beim Trierer Bischof an, dem man vielleicht klarmachen könnte, dass eine gute Personalbemessung innerhalb des Krankenhauses in der rauen Arbeitswelt des weltlichen Lebens auch einen echten Wettbewerbsvorteil darstellt. In Umfragen geben nicht wenige Pflegekräfte an, einer

Gehaltserhöhung bessere Arbeitsverhältnisse auf den Stationen vorziehen zu wollen. Und am Geldmangel kann es bei Kirchens doch nicht scheitern. Nicht unterschlagen werden soll allerdings für die letzte Oktoberwoche avisierte nächste Streiktag im Marienhausklinikum.

Der Wettbewerbsvorteil liegt allerdings auch darin, dass der Schweinezykluszeiger im Falle Kranken- und Altenpflege momentan auf „Arbeitskräftemangel!“ deutet. Das ist die Chance der Gewerkschaft und der Beschäftigten.

Aber sind die Forderungen berechtigt, ist das so schlimm, wenn es an Pflegekräften mangelt, bzw. mangelt es überhaupt? Die Statistiken und Forschungen sind da eindeutig und wurden in diversen Arbeitsgerichtsprozessen in Berlin, als die Charité für mehr Personal kämpfte, auch eindeutig belegt. Mit weniger Pflege sinkt die Patientenzufriedenheit, steigen Verweildauer und Stürze, fällt die Überlebensrate. Und da mit der Abrechnung nach Fallpauschalen (DRG) (einhergehend mit besserer medizinischer Versorgung) die Verweildauer sinkt, nehmen die Patientenzahlen und damit die Belastung des Personals zu. Die Zahl der Krankenhausärzte ist in den letzten Jahren deutlich gestiegen, alle anderen Beschäftigtenzahlen sanken. Bei der ganz einfachen Statistik Pfleger auf Patient liegt das Industrieland Deutschland mit 13 Patienten auf einem erbärmlichen hinteren Rang (USA 5,3, Niederlande, Schweden, Schweiz um die 7). Eine Forderung nach Mindestbemessung ist also sowohl angemessen als auch notwendig.

Hat man dieses durchgesetzt, ist man aber noch nicht am Ziel aller Träume. Nicht nur, dass es wegen des Arbeitskräftemangel (mehr Ausbildung, weniger Berufsabbrecher) schwer fallen dürfte, die Stellen zu besetzen, auch ist Papiergeduldig. Die KollegInnen der Charité erfahren gerade, dass es nicht automatisch besser wird und dass gerade die Frage der Sanktionierung – wie konkret handeln im Falle einer Unterbesetzung? - eines der größten Knackpunkte darstellt.

Mitgliederversammlungen/ Termine/Veranstaltungen

Die Mitgliederversammlungen des DKP-Kreisverbandes Göttingen finden bei **Arbeit und Leben, Lange Geismarstr. 72**, statt. Interessierte sind herzlich eingeladen.

MV Dienstag, 07. November, 20:00 Uhr
Wahlergebnisse konservativer Parteien

MV Dienstag, 21. November, 20:00 Uhr
organisatorischer PV-antrag

**Die DKP-Treffen finden jetzt jeden
ersten und dritten Dienstag im Mo-
nat statt (ggf. auch den fünften).**

Trotzdem war der Charité-Erfolg ermutigend und führte auch dazu, dass in den Berliner Vivantes-Krankenhäusern dieser Rückenwind genutzt werden soll. Im Saarland ist ver.di einen anderen Weg gegangen und hat von Anfang an sich darum bemüht, alle Häuser des Bundeslandes einzubeziehen: Die kirchlichen Häuser, die Privaten, die in staatlicher Trägerschaft und die recht gut situierten Knappschaftshäuser.

Und Göttingen?

Der Bedarf an einer Minimalbesetzung pro Patient ist durchaus gegeben. Der Wille der Beschäftigten ebenfalls, bei einzelnen Aktionen (Fototermin mit Schildern im Rahmen der Aktion „Uns fehlen 168.000“) sprengte die Beteiligung selbst die optimistischsten Hoffnungen der lokalen Ver.dianer. Doch eine Beschäftigtengruppe, die konkrete Schritte einleiten sollte, lief langsam leer.

Ohnehin ist die ver.di-Bilanz in den Göttinger Häusern eher übersichtlich. Am ersten Mai sieht man nur einige Leute aus dem Klinikum, aktive Gewerkschaftsarbeit außerhalb der sicherlich sehr sorgfältig erledigten Personalratsarbeit ist aber kaum noch zu erkennen, am Ehesten vielleicht noch bei den ausgegliederten „Töchtern“ der UMG. In der UMG selber gibt es praktisch keinen Vertrauenskörper.

(...) Fortsetzung auf Seite 10

GROBIAN

Groner Bürgerinitiative Antifaschismus

- ☛ Kontakt unter 0551-9004939 (Hendrik)
- ☛ mail: grobian-grone@web.de
- ☛ Treffen: Donnerstags, Ort bitte vorher erfragen



unser Kooperations- u. Bildungspartner:



Verein Niedersächsischer
BILDUNGSINITIATIVEN e.V.

► Nachbarschaftsfest in Grone-Süd

Das Nachbarschaftszentrum hatte – nach etlichen Jahren – mal wieder eingeladen, gemeinsam ein Nachbarschaftsfest zu organisieren und zu feiern.

Es war ein gelungenes Fest, das die neue Leiterin des Nachbarschaftszentrums initiiert – und größtenteils auch organisiert - hatte. Leider waren noch nicht viele Akteure des Stadtteils dabei, da die Vorbereitung doch recht kurzfristig angegangen wurde.

Aber die Grobiane, die sich zwar nicht im Haus treffen dürfen (Beschluss des Betreiber-Vereines), hatten ihre Teilnahme sofort zugesagt, als sie danach gefragt wurden.

Ein wirklich schönes und unterhaltsames Bühnenprogramm (die Grobiane hatten Mauricio mit lateinamerikanischen Liedern „ins Rennen“ geschickt) ließ keine Langeweile aufkommen. Köstliche Essensangebote verschiedener Gruppen ließen die Geschmacksnerven von niemandem kalt! Und als es zu Ende war, fing es eigentlich erst gerade an: Zehn bis 15 Frauen begannen kurz vor 18.00 Uhr zu tanzen und strahlten dabei eine derartige Lebensfreude aus, dass es richtig bedauerlich war, jetzt schon aufhören zu müssen. Bitte im nächsten Jahr wieder!

(gusi)



Volles Haus auf der Wiese vor dem Nachbarschaftszentrum



Die Bühne; im Hintergrund das rote Zelt der Grobiane



Filmfreunde Grone



17. November Londoner Straßenkater*

Ein drogenabhängiger Straßenmusiker schließt Freundschaft mit einer Katze, die ihm hilft, sein Leben wieder zu spabilisieren. Eine wahre Geschichte.

08. Dezember Verfängliche Wohngemeinschaft*

Ein mürrischer alter Mann kann seine Pariser Wohnung nicht mehr versorgen. Sein Sohn vermittelt ihm eine chronisch abgebrannte Studentin als Mitbewohnerin.

19. Januar 2018 Der Künstler*

Ein Star der Stummfilmzeit verzweifelt am technischen Fortschritt - der Erfindung des Tonfilms. Ein preisgekröntes Drama.

16. Februar Das dänische Modell*

Dänemark in den 1930ern. Der Ehemann hilft seiner Frau, einer Malerin, als weibliches Model. Dabei entdeckt er sich selbst. Eine Filmbiografie.

16. März Gauß versus Humboldt*

Romanverfilmung einer fiktiven Doppelbiografie des Mathematikers Carl Friedrich Gauß und des Naturforschers Alexander von Humboldt.

*Die Filme sind alle originale Kinofilme. Die ursprünglichen Titel dürfen wir aus lizenrechtlichen Gründen nicht drucken.

in der Jona Gemeinde
(Eingang gegenüber Nachbarschaftszentrum)
ab 18:30 Uhr, Filmbeginn 19:00 Uhr
Eintritt 1 Euro (für Verzehrbon)

Es werden Speisen und Getränke angeboten

DIE LINKE.

www.die-linke-goettingen.de

Kreismitgliederversammlung

Kein Termin im November

LINKER Stammtisch

Dienstag, 7. November, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

Dienstag, 21. November, 20 Uhr in der Hafenbar Kadenz

Termine der Ortsverbände

OV Göttingen Mitgliederversammlung

Mittwoch, 22. November, 19.30 Uhr im Saal der Roten Hilfe, Lange-Geismar-Str. 3

Schwerpunkthema: LINKES Steuerkonzept (mit Edgar Schu) und weitere Arbeit.

OV Kreis Osterode Mitgliederversammlung

Mittwoch, 22. November 2017, 19.00 Uhr im Alevitischen Kulturverein, Hauptstraße 6, Herzberg

Vorläufige Tagesordnung:

1. Einladung, Begrüßung, Wahl der Versammlungsleitung und Protokollführer
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Bericht von der Arbeit der Sprecher/innen
4. Bestätigung der Mandatsprüfungskommission
5. Wahl- und Zählkommission
6. Wahl des Sprecher*innenrates
7. Umbenennung des Ortsverbandes in Ortsverband Altkreis Osterode (statt Kreis Osterode)
8. Bundes- u. Landtagswahlkampf (Auswertung, Wahlnachbetrachtung, ...)
9. Berichte aus den Kommunen + aus dem Stadtrat Herzberg
10. Anträge und Anfragen
11. Verschiedenes

OV Dransfeld Mitgliederversammlung:

Mittwoch, 8. November, 18 Uhr, Tulpenweg 2 a, Keller, Dransfeld.

OV Rosdorf Mitgliederversammlung

Dienstag, 7. November, 19.30 Uhr, Steinflurweg 21 bei Stine Rummel-Strebelow.

Termine des Rosa-Luxemburg-Club Göttingen:

Clubtreffen:

Donnerstag, 2. November, 17.30 Uhr im Cafe Inti, Burgstr. 17, Göttingen

Themen: Planung 2018, Veranstaltungen im November, weitere Arbeit

Veranstaltungen

in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen:

100 Jahre Oktoberrevolution - Filmvorführung: Oktober (Sergej Eisenstein)

(Sowjetunion 1927, 116 Min.)

Sonntag 12. November 2017, 20 Uhr im Kino Lumière, Geismar Landstraße 19, 37083 Göttingen

Mit einer Einführung von Konrad Kelm (Rosa-Luxemburg-Club Göttingen)

Weitere Kooperationspartner: Kino Lumière.

Weitere Veranstaltungen auf Seite 9

KV Göttingen/Osterode

Lange Geismarstraße 2, 37073 Göttingen

Tel.: (0551) 49 56 66 80

kreisverband@die-linke-goettingen.de

Sprechstunde für Mitglieder und Interessierte:

Anfragen an: kreisverband@die-linke-goettingen.de

Jugendverband [;solid]:

Sinan Özen,

E-Mail: linksjugend-goettingen@web.de

Ortsverbände:

OV Göttingen

Adresse und Telefon wie KV, E-Mail:

ortsverband@dielinke-goettingen.de

OV Rosdorf

Stine Rummel-Strebelow

Tel. 0551/49269269 und 01577/5895059

rosdorf@dielinke-goettingen.de

OV Bovenden

Oliver Preuss, Tel. 0179-7322549,

bovenden@dielinke-goettingen.de

OV Kreis Osterode

Ilays Cangöz

kreis.osterode@die-linke-goettingen.de

OV Dransfeld

Ulrich Maschke, Tulpenweg 2a,

37127 Dransfeld, Tel. 05502-4798034,

dransfeld@dielinke-goettingen.de

Zusammenschlüsse:

Ökologische Plattform:

Eckhard Fascher, Tel. 01523 2077973

Festnetz: 0551-40137061

eckhardfascher@web.de

Antikapitalistische Linke

Edgar Schu, Tel. 0551-20190386

edgar.schu@goettinger-linke.de

AG Betrieb & Gewerkschaft

Andreas Gemmecke,

Tel. 0551-61401/ 0151-14444619,

E-Mail: ag-gb@dielinke-goettingen.de

AG Frauen

Britta Schmerling, Tel. 0551-486538

Sozialistische Linke

Dietmar Reitemeyer

E-Mail: SL-Goettingen@web.de

Kommunistische Plattform

Peter Strathmann,

E-Mail: walter.noobsch.kpf@gmx.de

AG Antifa:

ag-antifa@die-linke-goettingen.de

Hochschulgruppe SDS: Katja Sonntag,

E-Mail: katja.sonntag@die-linke-goettingen.de

Rosa-Luxemburg-Club

Göttingen

Eckhard Fascher,

E-Mail: rlc-goettingen@rls-nds.de

<http://nds.rosalux.de/> und bei facebook.

Spendenkonto KV Göttingen

Volksbank Göttingen

IBAN:DE39 2609 0050 3401 5108 00

BIC: GENODEF1GOE

Legal-illegal -scheißegal:

▶ Wie die EU per Rechtsbeugung die EU-Entwicklungshilfe militarisiert

Sabine Lösing, MdEP DIE LINKE.

Die Bundesrepublik hat 2016 eine so genannte „Ertüchtigungsinitiative“ ausgerufen. So sollen Partnerstaaten Unterstützung erhalten, um für Sicherheit und Stabilität im eigenen Land zu sorgen. Schwerpunktländer sind der Irak, Jordanien, Tunesien, Mali und Nigeria.

Von der EU gehen 14 von 16 momentanen „Missionen“ zur „Ertüchtigung“ aus. Um diese nicht länger überwiegend national zu bezahlen, hat die EU-Kommission einen Rüstungsetatentwurf vorgelegt, der bis 2018 verabschiedet werden soll. Dazu sollen Gelder aus anderen Töpfen „umgewidmet“ werden. Mit dem jüngsten Kommissionsvorschlag, das Instrument für Stabilität und Frieden (IcSP), welches Teil der EU-Entwicklungspolitik ist, zur Finanzierung von so genannten „Ertüchtigungsmaßnahmen“ zu öffnen, droht gleich aus mehreren Gründen ein Dammbbruch. Erstens können durch zusätzliche Gelder für diese Maßnahmen Hürden ihrer Ausweitung überwunden werden. Zweitens soll ein der zivilen Konfliktbearbeitung und Krisenprävention gewidmetes „Instrument“ militarisiert werden. Drittens soll dies mit Mitteln finanziert werden, die für die Entwicklungshilfe bestimmt waren, welche so auch zunehmend militarisiert wird. Und viertens ist es schlicht illegal.

Vor allem Deutschland nutzt die „Ertüchtigung“ als eine Art Allzweckwaffe. Sie lässt sich relativ leicht legitimieren und ermöglicht trotzdem Rüstungsexporte und Kontrolle über andere Länder ohne aufwendige Einsätze. Die Kosten für die Ertüchtigung belaufen sich 2017 auf bereits 130 Millionen Euro. Auf EU-Ebene erwies sich die Finanzierung von Ertüchtigungsmaßnahmen vor allem auf Grund des Lissabon-Vertrages als schwierig. Dieser verbietet „Maßnahmen mit militärischen oder verteidigungspolitischen Bezügen“ im Rahmen der „Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik“ (GASP) aus dem gemeinsamen Etat zu bezah-

len. Um dies zu umgehen finanzierte vor allem die so genannte „Afrikanische Friedensfazilität“ militärische Zwecke mit 1,9 Milliarden Euro aus dem Europäischen Entwicklungsfonds. Dieser ist kein offizieller Teil des EU-Haushaltes und unterliegt damit nicht dem Finanzierungsverbot.

2015 bemängelten die Kommission und die EU-Außenbeauftragten das Fehlen „angemessener“ Finanzierungsmöglichkeiten für Ertüchtigungsmaßnahmen, vor allem für militärische Zwecke. Zur Abhilfe wurde letztendlich 2016 erklärt, dass eine Anpassung des IcSP die beste Lösung sei. Am selben Tag übermittelte die Kommission den Mitgliedsländern den Vorschlag für eine „Änderung der Verordnung zur Schaffung eines Instruments, das zu Stabilität und Frieden beiträgt“. Die Verordnung muss noch von den Mitgliedsstaaten bestätigt werden, das Europäische Parlament hat schon zugestimmt. Ziel ist es, Gelder der EU „unter außergewöhnlichen Umständen für den Aufbau von Kapazitäten militärischer Akteure in Partnerländern“ verwendet zu können.

Die Verordnung verbietet zwar die Finanzierung von z. B. „laufenden militärischen Ausgaben“ oder der „Beschaffung von Waffen und Munition“. Sie lässt jedoch auch viel Spielraum. So kritisiert Martina Fischer von „Brot für die Welt“, dass die Art der technischen Hilfe und Ausrüstung und zu welchem Zweck sie geliefert werden darf nicht genau definiert ist. So könne zum Beispiel auch kriegsunterstützendes Material finanziert werden. Für 2017 bis 2020 sind insgesamt 100 Millionen Euro für das „Instrument“ eingeplant. Zur Finanzierung sollen zu gleichen Teilen Gelder aus vier unterschiedlichen Budgetlinien, inklusive dem Entwicklungsinstrument (DCI), umgewidmet werden.

Welche Interessen dahinter stehen, macht die Stellungnahme des Auswärtigen Ausschusses deutlich: ›Hilfeleistungen‹ für Partnerarmeen sollen den ›strategischen und industriellen Interes-

sen der EU Rechnung tragen‹. Würde man einräumen, dass die „Ertüchtigung“ tatsächlich diesen Interessen dient, wäre sie im Bereich der GASP anzusiedeln und würde dem Finanzierungsverbot unterliegen. Die Kommission versucht sie deshalb zu einer Maßnahme der Entwicklungshilfe umzudeuten.

Allerdings hat der Europäische Gerichtshof (EuGH) 2016 geurteilt, dass ein Unionsrechtsakt, der zwei Ziele umfasst, ausschließlich auf die Rechtsgrundlage des hauptsächlichen Ziels gestützt werden muss. In der Verordnung heißt es, man bewege sich im „Einklang mit den Zielen des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union (AEUV)“. Dieser erklärt: „Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereich ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut“. Doch selbst wenn „Ertüchtigungsmaßnahmen“ auch der Armutsbekämpfung dienen sollten, ist dies doch eindeutig nicht ihr „Hauptziel“.

2015 und 2016 erklärten deshalb auch Juristen der verschiedenen europäischen Institutionen die IcSP -Verordnung für rechtswidrig. Der Parlamentsrechtsdienst legte 2017 jedoch eine zweite Expertise vor, die die Verordnung plötzlich für kompatibel mit EU-Recht erklärte. Insider vermuten, dass die Juristen unter politischen Druck geraten waren.

Trotz der vielfältigen Bedenken gegenüber dem Legislativvorschlag der Kommission wurde er im Juli 2017 vom Entwicklungs- und dem Auswärtigen Ausschuss des EU-Parlaments mehrheitlich angenommen. Martina Fischer von „Brot für die Welt“ warnt, dass der Vorgang als „Präzedenzfall und Türöffner für mögliche weitere Umwidmungen“ dienen könne. So könnte die IcSP -Verordnung die Entwicklungshilfe weiter militarisieren. Konservative EU-Abgeordnete wie Elmar Brok (CDU) frohlocken bereits, mit der Verabschiedung der Gesetzesinitiative werde eine generelle Trendwende in der Entwicklungspolitik eingeläutet.

Europabüro
Göttingen

Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
tel 05 51- 507 66 823
fax 05 51- 507 66 838
europabuero-loesing@web.de
www.sabine-loesing.de

► Bundestags- und Landtagswahl – Lokale LINKE Ergebnisse

Landtagswahl am 15.10. Zehn Wochen intensiver Bundestags- und Landtagswahlkampf liegen hinter uns. Trotz eines gesteigerten Bundestagswahlergebnisses von 9,2% und in der Höhe unerwartete 6,9% (2013: 5,0%) in Niedersachsen reichte es bei der

Landtagswahl mit nur 4,6 Prozent knapp nicht. Immerhin bedeutet dies eine Steigerung um 1,5% gegenüber der Wahl im Januar 2013. In absoluten Stimmen fällt die Steigerung der Zweitstimmen von 112.212 auf 177.107 noch deutlicher aus.

Doch wie sieht es vor Ort aus?

| | Bundestagswahl % | | | Landtagswahl % | | | Vergleich Kreist. 16 |
|-----------------|------------------|------|------|----------------|------|------|-------------------------|
| | 2017 | 2013 | 2009 | 2017 | 2013 | 2008 | |
| Bund | 9,2 | 8,6 | 11,9 | | | | |
| Niedersachsen | 6,9 | 5,0 | 8,6 | 4,6 | 3,1 | 7,1 | |
| Kreis Göttingen | 8,3 | 6,2 | 8,8 | 5,7 | 3,8 | 7,7 | 4,4 |
| Stadt Göttingen | 12,6 | 8,4 | 10,0 | 9,3 | 5,6 | 10,4 | 8,2 |
| Kreis GÖ alt | | 6,4 | 8,8 | 6,3 | 4,0 | 8,2 | 5,0 |
| Kreis OHA alt | | 5,3 | 8,8 | 3,4 | 2,8 | 6,8 | 2,6 |

Quelle: Kommunale Datenverarbeitungszentrale Südniedersachsen: <https://wahlen.kdgoe.de>

Hier zeigt sich die eindeutig überdurchschnittliche Entwicklung unseres Kreisergebnisses sowohl bei der Bundestags- als auch bei der Landtagswahl.

Besonders deutlich wird dies in der Stadt Göttingen. Hier wurde bei der Bundestagswahl im September mit 12,6% das beste Ergebnis von allen bisherigen Wahlen erreicht, obwohl der Stimmenanteil bei der Bundestagswahl 2009 im Bundesdurchschnitt und auch im Landesdurchschnitt deutlich höher war. In vier innerstädtischen von insgesamt 140 Wahlbezirken gelang es sogar stärkste Partei zu werden. Spitzenreiter ist der

Wahlbezirk 517 Theaterstraße 2 mit fast 30%. In vierzehn Wahlbezirken wurden 20% und mehr erreicht.

Bei der Landtagswahl reichte es zwar nirgends mehr zum ersten Platz, aber auch hier lagen zwei Wahlbezirke über 20%, dies waren erneut 517 Theaterstraße 2 mit 22,5% und 503 Bunsenstraße mit 20,2%.

Betrachten wir das Ergebnis in einzelnen Landkreisdörfern: Wobei hier die Mittelzentren und die Städte/ Gemeinden mit langjähriger LINKER (Rats)Präsenz abgebildet werden sollen:

| | Bundestagswahl % | | | Landtagswahl % | | | Vergleich Kreist. 16 |
|-----------------|------------------|------|------|----------------|------|------|-------------------------|
| | 2017 | 2013 | 2009 | 2017 | 2013 | 2008 | |
| Kreis Göttingen | 8,3 | 6,2 | 8,8 | 5,7 | 3,8 | 7,7 | 4,4 |
| Göttingen | 12,6 | 8,4 | 10,0 | 9,3 | 5,6 | 10,4 | 8,2 |
| Hann. Münden | 6,9 | 5,6 | 10,2 | 4,0 | 3,3 | 7,2 | 3,7 |
| Osterode | 5,3 | 5,3 | 7,9 | 3,1 | 2,6 | 5,7 | 2,2 |
| Duderstadt | 3,8 | 3,5 | 6,2 | 2,2 | 1,8 | 4,8 | 1,1 |
| Rosdorf | 6,8 | 5,8 | 8,3 | 4,8 | 3,5 | 7,7 | 4,4 |
| SG Dransfeld | 6,7 | 4,8 | 7,3 | 3,9 | 2,7 | 5,6 | 2,7 |
| Herzberg | 6,6 | 5,9 | 9,0 | 3,8 | 2,8 | 7,1 | 3,4 |

Wenig überraschend ist sicherlich hier, dass Osterode und Duderstadt, in denen es keine LINKE Präsenz gibt, die

Ergebnisse deutlich schlechter sind. Auch hat es hier bei der Bundestagswahl gegenüber 2013 keine Steigerung und

bei der Landtagswahl nur geringe Zuwächse gegeben. Deutlich besser sieht es in den drei Gemeinden mit LINKER Präsenz im Altkreis Göttingen aus, die im Rahmen des Kreisdurchschnitts zulegen. Die Probleme in Münden scheinen uns dabei bisher nicht geschadet zu haben. Herzberg entwickelt sich hier nicht so positiv wie die übrigen LINKE-Präsenz-Gemeinden. Im Vergleich zur Stadt Göttingen bleibt das gesamte ländliche Kreisgebiet aber ohnehin deutlich zurück auch in den LINKE-Präsenz-Gemeinden. Die Steigerungen gegenüber den Wahlen 2013 liegen hier unter dem Landesdurchschnitt mit Ausnahme von Dransfeld bei der Bundestagswahl, wo DIE LINKE damals allerdings schlechter abgeschnitten hatte als in den anderen LINKE-Präsenz-Gemeinden und diese jetzt einholt.

Im Landesdurchschnitt ist auffallend, dass nicht nur in Göttingen, sondern auch in anderen Hochburgen wie Teilen Hannovers, Oldenburg oder Lüneburg DIE LINKE deutlich hinzugewinnt. So befindet sich der Wahlkreis Göttingen-Stadt bei der Landtagswahl sowohl bei den Stimmenanteilen als auch bei den Stimmengewinnen jeweils an dritter Position von immerhin 87 Wahlkreisen. Auffallend ebenfalls, dass nur in einem Viertel aller Wahlkreise überdurchschnittliche Zuwächse erzielt werden, die dann das Ergebnis insgesamt nach oben ziehen. (Horst Kahrs (Rosa-Luxemburg-Stiftung), Die Wahl zum 18. Niedersächsischen Landtag, 2017, S.10)

Was bedeutet dies für unsere lokale Arbeit?

In den Wahlergebnissen bestätigt sich die wichtige Bedeutung einer kontinuierlichen Arbeit vor Ort, so dass wir in der Stadt Göttingen mittlerweile gut verankert sind. Dies gilt es auszubauen, was vor allem dann gelingt, wenn sich mehr Menschen für uns engagieren. Umso mehr Menschen das Gefühl haben, dass wir ihre Probleme ernst nehmen, desto mehr werden uns wählen.

Dies gilt nicht für den ländlichen Raum. Deutlich wird hier, dass DIE LINKE an ihrer Präsenz in den Mittelzentren arbeiten muss, um im Kreis weiterhin Erfolg zu haben.

Der Artikel beschäftigt sich fast ausschließlich mit den Wahlergebnissen der LINKEN vor Ort. Eine Betrachtung der anderen Parteien in ihrem Verhältnis zum Wahlergebnis der LINKEN soll in der nächsten Ausgabe folgen.

Presseerklärung Linksjugend [solid] Göttingen vom 20.10.2017

▶ Linksjugend[‘solid] Göttingen gründet sich mit großem Erfolg neu

„Eine gerechte Welt, abseits von Rassismus, Ausbeutung und Ungleichheit“, mit diesen Zielen haben sich 25 junge Menschen getroffen um die Linksjugend[‘solid] Basisgruppe in Göttingen neu zu gründen. Gemeinsam wurde darüber gesprochen, welche Themen uns interessieren und welche Aktionsformen und Aktionen sich in Zukunft für die neue Gruppe ergeben könnten. Jeder konnte und hat sich einbringen können, wodurch die Themen eine große Bandbreite abdecken und gleich klar wurde, es gibt viel zu tun, aber hier sitzen 25 junge Menschen, die Lust darauf haben Zeit und Mühe zu investieren, um die Welt zu verbessern. Nachdem die letzte Basisgruppe in Göttingen leider eingeschlafen war, ist es ein

schönes und ermutigendes Zeichen, eine so große Resonanz auf die Einladung eines Neugründungstreffens zu haben, welche allerdings nicht vom Himmel gefallen ist. Mit-Initiator Sinan Özen dazu: „Wir haben viel Werbung gemacht, in unserem persönlichen Bekanntenkreis, bei den vielen Podiumsdiskussionen vor der Bundestagswahl und über E-Mail-Verteiler, das war zwar viel Arbeit, die sich am Ende aber gelohnt hat. Wir wollen gerade in diesen unsicheren Zeiten anderen jungen Menschen Zuversicht in die Veränderbarkeit der Welt geben!“. Zudem sei es ein gutes Zeichen, dass Menschen in vielen verschiedenen Lebenssituationen vereint werden können - bei dem Treffen saßen Studierende neben Schüler*innen

und FSJler*innen - zusammen wurde gemeinsam über Interessen und Ziele gesprochen. Dabei wurde klar, dass die Aufgaben nur gemeinsam gelöst werden können. Weitere Treffen sind schon geplant, bei denen die Struktur der Gruppe diskutiert und bestimmt werden soll, sowie andere grundlegende Sachen wie Finanzierung, Kommunikationsstrukturen und Gründung von Arbeitskreisen. Allerdings soll der Spaß auch nicht fehlen. „Uns ist wichtig, dass wir nicht nur eine politische Gruppe sind, die sich einmal in der Woche trifft und sonst getrennte Wege geht. Geplant sind auch gemeinsame Filmabende, Ausflüge und andere soziale Aktivitäten zu planen, um als Gruppe zusammenzuwachsen“, so Mattis Keil, der schon in der alten Basisgruppe Mitglied war und sich nun auf eine starke Gruppe in Göttingen freut. Der Vorschlag die Basisgruppenarbeit mit Aktivitäten zu versüßen, stieß auf positive Resonanz und wurde nach dem Treffen am Willi umgesetzt, wo wir bei Getränken den Abend haben ausklingen lassen. Interessierte können sich entweder unter der E-Mail-Adresse linksjugend-goettingen@web.de melden oder bei der Facebook-Seite „Linksjugend [solid] Göttingen“.

.....

Fortsetzung Veranstaltungen in Kooperation mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung Niedersachsen von Seite 6

Auf dem Weg in eine andere Welt? Trump-USA, China und der weltweite Freihandel

Mittwoch 15. November 2017, 19 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen

Referent: Christian Christen (wirtschaftspolitischer Referent, Bundestagsfraktion DIE LINKE)

Katalonien: Bornierter Nationalismus oder soziale Revolution?

Donnerstag 16. November 2017, 19 Uhr in ver.di – Geschäftsstelle Göttingen, Groner Tor Straße 32, 37073 Göttingen

Referenten: Raul Zelik (Universität Kassel), Thorsten Mense (Soziologe, freier Autor, Journalist)

Weitere Kooperationspartner: Basisdemokratische Linke Göttingen, redical m und ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen.

Roter Oktober 1917 - Geschichte und Erbe der russischen Revolution

Montag 20. November 2017, 18 Uhr im Holbornschen Haus, Rote Straße 34, 37073 Göttingen

Referent: Dr. Christoph Jünke (Historiker, FernUniversität Hagen)

Q - Szenische Lesung des Romans von Luther Blissett - Gegen Luther, Papst und Fürsten - Alles gehört Allen!

Donnerstag 23. November 2017, 20 Uhr im Kino Lumière, Geismar Landstraße 19, 37083 Göttingen

Weitere Kooperationspartner: Theaterkeller, Kino Lumière, redical m und ver.di Bezirk Region Süd-Ost-Niedersachsen.

Wähler*innengemeinschaft

Göttinger Linke

Achtung, neuer e-Mail-Kontakt:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

Kontakte:

**Wähler*innengemeinschaft
Göttinger Linke**

Rotes Zentrum,
Lange Geismarstraße 2
37073 Göttingen
www.goettinger-linke.de
E-Mail: sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de

SprecherInnenkreis:
Thomas Bahrs, Dietmar Reitemeyer,
Bärbel Safieh, Dr. Christian Schüler,
Dr. Peter Strathmann, Stephan Wolf

Kassierer:
Gunnar Siebecke

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
GoeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo. 09:00 – 12:30 Uhr
Mi. 14:00 – 17:00 Uhr
Do. 13:00 – 17:00 Uhr

Fraktionssitzung:
Mittwoch 17.00 Uhr (öffentlich)

Mandatsträger:
Gerd Nier (Fraktionsvorsitzender)
Rolf Ralle
Edgar Schu

Kommunalpolitischer Arbeitskreis:

**Der Besuch bei den Stadtwerken am
1.11.17 fällt aus, er wird in das neue
Jahr verschoben!**

Wir treffen uns trotzdem:

**Montag, 1. Nov., 19.00 Uhr Neues Rat-
haus, Fraktionsbüro, 9. Etage**

**An diesem Tag wollen wir einen Be-
such bei den Stadtwerken inhaltlich
vorbereiten. Es wird ein Mitglied des
Aufsichtsrates zum Thema referieren.**

Einladung zur Kreismitgliederversammlung 2017

**Der SprecherInnenkreis der Göttinger Linke hat die Kreismitgliederversamm-
lung 2017 zum Montag, 20. November 2017, 20.00 Uhr in das Rote Zentrum, Lange
Geismarstr. 3 einberufen.**

Vorschlag für die Tagesordnung:

1. Eröffnung und Begrüßung
2. Konstituierung der Konferenz
 - Wahl der Versammlungsleitung
 - Beschlussfassung über Tagesordnung, Geschäftsordnung, Wahlordnung
3. Rechenschaftsbericht
4. Bericht der Fraktion
5. Kassenbericht
6. Revisionsbericht
7. Diskussion
8. Entlastung des Sprecherkreises/Kreiskassierers
9. Antragsberatung und evtl. Beschlussfassung
10. Verschiedenes
11. Schlusswort

**Antragsschluss für Anträge ist der 12. November. Antragsberechtigt sind alle
Mitglieder der Göttinger Linke. Anträge sind zu schicken an:
sprecher.innenkreis@goettinger-linke.de**

Antrag des SprecherInnenkreises zur Satzungsänderung:

§ 11 SPRECHERINNENKREIS (Sätze 1 - 3)

*Der SprecherInnenkreis besteht aus fünf bis sieben gleichberechtigten Mitgliedern.
Er soll quotiert zusammengesetzt sein, wenn sich eine ausreichende Anzahl von
Kandidatinnen zur Verfügung stellt.*

Die Tätigkeit der SprecherInnen erfolgt ohne Vergütung, sie ist ehrenamtlich.

*Der SprecherInnenkreis legt in seiner Eigenschaft als Koordinator der Aktivitäten
des Vereins seine Arbeit so an, dass die Mitgliedschaft umfassend in die praktische
Arbeit und die Entscheidungsprozesse einbezogen wird. Dem SprecherInnenkreis
obliegt die Geschäftsleitung, die Ausführung der Beschlüsse der Mitgliederver-
sammlung und die Verwaltung des Vereinsvermögens.*

Dieser Absatz wird wie folgt ergänzt:

*Zwei Mitglieder des SprecherInnenkreis gemeinsam vertreten die WählerInnen-
gemeinschaft nach außen.*

(...) Fortsetzung „Bewegung in den Krankenhäusern“ von Seite 4 (DKP)

Der Schichtdienst und die nicht zu leugnende Überforderung während diesem sind natürlich Gift für regelmäßige Arbeit. weitere Schwierigkeiten bestehen im hohen Anteil der Auswärtigen, die nach Schichtende wenig Lust haben, stundenlang in Göttingen herum zuhängen oder nochmals wieder herein zu kommen. Das kann mal mal machen, nicht jedoch regelmäßig alle 14 Tage oder gar wöchentlich. Keinen Schichtdienst haben zwar die freigestellten Personalratsmitglieder, allerdings auch nicht wenig an Arbeit, mit

denen sie die UMG überhäuft. Ketzerisch stellt sich die Frage, ob ein Engagement ver.dis im PR der Sache überhaupt dienlich ist. Eine unvoreingenommene Beschäftigung mit dieser Frage kann hilfreich sein, vielleicht wäre dies auch der Schritt in den Abgrund. Die neuerliche Bedrohung für die Gewerkschaft zeichnet sich bereit am Horizont ab: Rot/Grün hat für Niedersachsen die Pflegekammer beschlossen, ein Gremium ohne Tarifrchte, das aber von jeder Pflegekraft einen Zwangsbeitrag abbuchen wird. Bin ich

Pessimist, wenn ich vermute, dass einige diese Ausgabe mit dem Gewerkschafts-
austritt kompensieren wollen?

Als Kommunisten können wir diesem schleichenden Niedergang nicht tatenlos zusehen, auch wenn unsere Verdi-Mitglieder gleichfalls im Schichtdienst arbeiten und neben ihrer Arbeit auch noch Partei (und weiteres...) im Terminkalender haben. Hier muss die DKP-Kreisgruppe gemeinsam Wege finden, insbesondere ver.di zu unterstützen. (StW)

Die Ratsfraktion der Göttinger Linken begrüßt die Aktion vom 18.10.17 gegen Leerstand von Wohnraum ausdrücklich

Gäbe es die Aktivisten *innen der OM10, die Wohnrauminitiative, das Bündnis "Besser Wohnen", und engagierte Bürger*innen in Grone nicht, wäre der skrupellose und spekulative Leerstand von Wohnraum in Göttingen kaum so deutlich ins öffentliche Bewusstsein gelangt, wie dies zwischenzeitlich der Fall ist. Ja selbst Hausbesetzungen gelten für viele Göttinger*innen unter bestimmten Voraussetzungen nicht mehr als "Teufelswerk" und kriminell. Und das ist gut so. Dies belegt unter anderem die große öffentliche Unterstützung, die die Besetzer des über Jahre leerstehenden ehemaligen Gewerkschaftshauses in der Oberen Masch erfahren haben.

Die Ratsfraktion begrüßt deshalb auch ausdrücklich die gestrige symbolische Besetzung des ebenfalls seit Jahren leerstehenden Gebäudes, dem ehemaligen Pädagogischen Seminar in der Baurat-Gerber-Straße. Hier wurde, wie leider sehr häufig in den letzten Jahren, wieder einmal ein öffentliches Gebäude an einen Privatmann verkauft, der ohne jegliche Zusagen, geschweige denn mit einem Nutzungskonzept sich einfach mal "ein Filetstück" in unserer Stadt "unter den Nagel reißen wollte". Jetzt, da junge Menschen durch eine geplante friedliche und nach Gesprächen mit den Handwerkern abgesagte Besetzung auf den Missstand aufmerksam gemacht haben, fällt dem Besitzer nichts Anderes ein, als mit einer Strafanzeige wegen schweren Hausfriedensbruch zu reagieren. Ein wahres Armutszeugnis eines reichen Mannes. Leider gibt es keine Klagemöglichkeit gegen Missbrauch von Eigentum, bewusster Entziehung von Wohnraum für die vielen Wohnraumsuchenden und Arroganz und Ignoranz gegenüber sozialen Belangen.

Die Göttinger Linke solidarisiert sich mit allen legitimen Aktionen, die sich gegen bewussten Leerstand von Wohnraum richten und wendet sich entschieden dagegen, Aktionen wie die in der Baurat-Gerber-Straße zu kriminalisieren.

Kontakt Daten

**Fraktion Göttinger Linke
im Rat der Stadt Göttingen**
Neues Rathaus Zi. 931 (9.Stock)
Hiroshimaplatz 1-4
37083 Göttingen
Telefon: 0551- 400 2347
goeLinke-Ratsfraktion@goettingen.de

Fraktionsmitarbeiter:
Udo Trost

Öffnungszeiten des Büros:
Mo: 9:00 – 12:30 Uhr
Mi: 14:00 – 17:00 Uhr
Do: 13:00 – 17:00 Uhr

Anfrage zu Mietpreise in Wohnungen der Adler Real Estate AG, die mit Mitteln der Stadt Göttingen saniert wurden

Nachdem in Grone Wohnungen des ehemaligen sozialen Wohnungsbaus der Neuen Heimat im Besitz privater Investoren jahrelang leer standen, hat die Stadt Göttingen, nicht zuletzt auf Betreiben kritischen Bürgerengagements vor Ort, im Oktober 2016 mit der Eigentümergesellschaft Westgrund AG, einem Unternehmen der Adler Real Estate AG einen Kooperationsvertrag geschlossen. In einer Anlage 1.1 dazu werden 50 Wohnungen aufgelistet, an deren Sanierungskosten sich die Stadt Göttingen zu 50% beteiligt, wofür sie die Belegungsrechte für eben diese Wohnungen erhält. Dort sollen Menschen untergebracht werden, die erhebliche Schwierigkeiten bei der Wohnungssuche haben, so heißt es in der Präambel des Vertrages. Im Folgenden ist geregelt, um welche Personen es sich vorrangig handeln soll und mit wieviel Personen die Wohnungen zu belegen sind. Ein verhandelter Quadratmeterpreis für die zu belegenden Wohnungen geht aus dem sehr detaillierten Vertragswerk nicht hervor.

Nun hat die Adler Real Estate im Juli 2017 Mieterhöhungsschreiben an langjährige MieterInnen versandt. Zur Begründung der Einhaltung der ortsüblichen Vergleichsmiete wurde eine Liste von Vergleichswohnungen beigefügt. Bis auf eine Ausnahme sind die genannten Vergleichswohnungen identisch mit Wohnungen des o.g. Vertrages. Also handelt es sich um Wohnungen, deren Sanierung von der Stadt Göttingen mitfinanziert wurde und für die sie die Belegrechte erhalten hat. Die Mietpreise dieser Vergleichswohnungen bewegen sich zwischen 7,37/qm bis zu 10,38/qm.

Wir fragen die Verwaltung:

1. Ist Ihnen bekannt, dass z.B. in einer 70,45 qm großen Wohnung eine fünfköpfige Familie untergebracht ist, für die die Stadt 731,00 € Nettokaltmiete zahlt, sodass sich der Preis pro qm auf 10,38 € beläuft?
2. Wie ist es zu diesen Mietpreisen gekommen?
3. Ist Ihnen bekannt, dass eine vergleichbare Wohnung im Nebenhaus nur 5,46 €/qm kostet?
4. Wollen Sie hinnehmen, dass die exorbitanten Vergleichsmieten, die die Stadt Göttingen für die auf eigene Kosten sanierten Wohnungen zahlt, zu einem Anstieg der Mieten im gesamten Bestand der Adler AG und des Wohnungsbestands in Grone-Süd führt?
5. Wie kann es sein, dass die Adler Real Estate immer die Höchstgrenze der KdU-Tabelle (Kosten der Unterkunft) für die Personenanzahl veranschlagt und auch erhält, unabhängig von der Größe der Wohnung und der Mietpreise im Bestand? (Die Wohnung mit 5,46 €/qm ist in einem guten Zustand!)

(...) Fortsetzung „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus“ von Seite 1

Die Bildungseinrichtung Givat Haviva erwuchs aus den Idealen der Kibbutzbewegung und den Gründungsidealen Israels. Allen Mitgliedern der Gesellschaft sollten Teilhabe und Zugangsmöglichkeiten erschlossen werden. In einem Lernprozess gelangte Givat Aviva von Sprachkursen für Arabisch zu Kennenlernseminaren und schließlich zu einem jüdisch-arabischen Zentrum für den Frieden. In innovativer Pädagogik wurde u. a. das Programm „Von Angesicht zu Angesicht“ für Schüler entwickelt, das Programm „Kinder lehren Kinder“ (ausgezeichnet mit dem UNESCO-Friedenspreis) und schließlich das Projekt „Shared Communities“, das jüdisch-arabische Gemeindepартnerschaften begleitet.

Samstag, 25. November 2017, 15 Uhr
KZ-Gedenkstätte Moringen, Lange Straße 58, Moringen
Führung zum Männer-KZ Moringen

Mit Hans Helms
 Informationen und Anmeldung: Tel. 05554/25 20, info@gedenkstaette-moringen.de
 Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen

Im April 1933 wurde in den Räumen des Landeswerkhause in Moringen eines der ersten Konzentrationslager des NS-Staates eingerichtet. Die Moringener Zeitung sah darin „einen außerordentlichen wirtschaftlichen Gewinn“ sollten doch „alle notwendig werdenden umfangreichen Aufträge der hiesigen Geschäftswelt zukommen“. Am 11. April 1933 traf die erste größere Gruppe von Häftlingen ein. Zu den Häftlingen des Männer-KZ zählten oppositionell und antifaschistisch eingestellte Männer und einige Frauen, überwiegend Kommunist*innen, später auch Gewerkschafter*innen und Sozialdemokrat*innen. Die konkrete Haftdauer konnte nur wenige Tage, aber auch mehrere Wochen betragen, in einigen Fällen sogar sechs und sieben Monate. Insgesamt waren in Moringen zwischen April und November 1933 ca. 1.000 Personen inhaftiert, darunter viele aus dem südlichen Niedersachsen. Ab Oktober 1933 wurde damit begonnen, die Häftlinge in andere Konzentrationslager zu verlegen, ein Teil wurde in „Polizeiaufsicht“ entlassen. Mit dem Männer-KZ begann in Moringen eine insgesamt zehnjährige Geschichte nationalsozialistischer Konzentrationslager.

Freitag, 1. Dezember 2017, 20 Uhr
BBS-Forum, Hullersee Tor 4, Einbeck
„Swing heil!“

Ein Doku-Musik-Theater aus Saarbrücken
 Der Eintritt beträgt 10 €
 Veranstaltet von der KZ-Gedenkstätte Moringen in Kooperation mit Kultur im Esel e.V. Die Veranstaltung wird gefördert vom LAP des Landkreises Northeim

„Swing heil!“ erzählt die Geschichte der Verfolgung der Swing-Jugend im Natio-

nationalsozialismus. Das Stück beschreibt die musikalische Leidenschaft der Jugendlichen, die Repression und Verfolgung durch den NS-Staat und die Haft im Jugend-KZ Moringen. Regisseur Peter Tiefenbrunner, der für das Stück sorgsam in Archiven recherchiert hat, lässt viele ehemalige Häftlinge des Jugend-KZ Moringen zu Wort kommen, indem er aus Interviews mit ihnen zitiert und so berührende Szenen schafft. Engagierte Schauspieler und großartige Musiker — ein packendes Stück! „Swing-heil“ war in den 1940er Jahren der Gruß der Swing-Jugend. Mit ihrer musikalischen Vorliebe und ihrer unangepassten Lebensweise forderten sie den NS-Staat heraus, der auf Führertum und Rassenlehre setzte. Swing-Musik galt den Nationalsozialisten als „entartet“, „zersetzend“ und „minderwertig“ und war in ihren Augen „Juden- und Negermusik“, die sie bekämpften.

Montag, 4. Dezember 2017, 19 Uhr
Holbornsches Haus, Rote Straße 43
Zeitzeichen Zwangsarbeit. Was braucht es für ein Gedenken aus heutiger Sicht?

Veranstaltet von DGB-Kreisverband Göttingen, Geschichtswerkstatt Göttingen und der Dauerausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939-1945“.

Im Laufe des Zweiten Weltkriegs wurden über 13 Millionen Menschen – Männer, Frauen und Kinder – aus besetzten Ländern zur Zwangsarbeit nach Deutschland angeworben, dienstverpflichtet oder gewaltsam deportiert. NS-Zwangsarbeit war ein Massenverbrechen, das auf einem rassistischen Menschenbild basierte. Noch heute lassen sich die Spuren dieses Unrechts in vielen Familien aufspüren, die nach 1945 in der Bundesrepublik geblieben oder später eingewandert sind. Wie können ihre Perspektiven zur Gedenkpolitik und zur Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus in der heutigen Gesellschaft beitragen?

Mit Referent*innen des Denkortes „Bunker Valentin“ (Bremen) und der Ausstellung „Auf der Spur europäischer Zwangsarbeit in Südniedersachsen 1939-1945“ (Göttingen) sowie mit der Tochter einer Zeitzeugin, Ute Delimat (Geschichtswerkstatt Duderstadt), wollen wir die transnationale Geschichte der Zwangsarbeit und ihre Konsequenzen für die nächsten Generationen begreifbar machen.

Mittwoch, 6. Dezember 2017, 15.30 Uhr
Göttinger Zeitzeugenprojekt, Am Goldgraben 14
„Ein Pastor und sein Dienst für den Frieden“.

Ein Erzählcafé mit Pastor Walter Merz
 Moderiert durch Laura Marahrens
 Veranstaltet von der Freien Altenarbeit e.V. in Kooperation mit Aktion Sühnezeichen.

„Im Bewusstsein, dass die Folgen des Na-

tionalsozialismus noch immer spürbar sind und nur durch einen intensiven Dialog überwunden werden können, setzt sich Aktion Sühnezeichen Friedensdienste (ASF) für eine Verständigung zwischen den Generationen, Kulturen, Religionen und Völkern ein.“ (Quelle: ASF-Homepage) Davon angesprochen, leistete Walter Merz (Jg. 1959, evangelischer Pastor) in den 1980er Jahren mit der evangelischen Jugend Moringen seinen ersten Freiwilligendienst in Auschwitz. Dieser prägenden Erfahrung folgte sein Friedensdienst in der Folkertsma Stichting, die von Rabbiner Yehuda Aschkenasy geprägt wurde, wo er einen Katalog über die bedeutenden Bibliotheksbestände erstellte. Davon wird er berichten und wie ihn diese Zeiten geprägt haben.

Mittwoch, 6. Dezember 2017, 19.30 Uhr
Gemeindesaal der Reformierten Kirche, Untere Karspüle
„Das Leben danach.“

Der Holocaust durch die Augen eines Nachkommen von Prager Juden, die Auschwitz überlebt haben

Ein Vortrag mit Michal Arend
 Veranstaltet von der Projektwerkstatt „Spurensuche“ in Kooperation mit der Gesellschaft für christlich-jüdische Zusammenarbeit e.V.

Die Zeitzeugenschaft der zweiten Generation nach dem Holocaust wird für uns immer wichtiger, haben wir doch in diesen Zeugen wichtige Gesprächspartner, die die Erinnerung daran als ihr Vermächtnis bewahren und direkt weitergeben können. Michal Arend hat die jüdische Erinnerungsstätte Cernovice bei Tabor in Südböhmen gegründet und wird neben seiner Lebensgeschichte auch dieses Projekt vorstellen und u.a. über die Einrichtung des dortigen Erinnerungspfades berichten.

Donnerstag, 14. Dezember 2017, 19.30 Uhr
T-Keller, Geismar Landstr. 19
„Schwestern, vergesst uns nicht!“

Vortrag und Diskussion mit Annegrit Berghoff, Lagergemeinschaft und KZ-Gedenkstätte Moringen, Veranstaltet von der Gruppe f_act — feminist action

Im Zentrum der Veranstaltung steht ein ca. 40-minütiger Film über die beiden antifaschistischen Widerstandskämpferinnen Hed Regnart und Hilde Faul-Gerber. In Interviews beschreiben diese ihre politische Arbeit in der Weimarer Republik, den Widerstand im Nationalsozialismus, Verfolgung, Haft und Internierung im Frauenkonzentrationslager Moringen. Für beide war selbstverständlich „Der Krieg kommt, da müsste man was unternehmen“ ...und sie unternahmen etwas. Sowohl Hed Regnart als auch Hilde Faul-Gerber waren im Rahmen der Lagergemeinschaft KZ Moringen organisiert. Eingerahmt wird der Film durch blitzlichtartige Informationen und Gedanken zu Frauen, Widerstand und warum Erinnerung so wichtig ist.